



Fünfte Sitzung des Beirates bei der Koordinierungsstelle für digitale Dienste in der Bundesnetzagentur

Juli 2025

Bericht des Digital Services Coordinator

Verbraucherschutz | User-Beschwerden

Der DSC verzeichnet weiterhin kontinuierlich Beschwerden. Inhaltlich betreffen die Beschwerden überwiegend

- die nicht ausreichende Begründung bei Beschränkungen von Accounts, Inhalten oder Diensten durch die Diensteanbieter,
- die Benutzerfreundlichkeit der Meldewege bei illegalen Inhalten sowie
- die nicht ausreichende Begründung von Entscheidungen über die Entfernung bzw. Nicht-Entfernung von Inhalten.

Die meisten dieser Beschwerden betreffen Diensteanbieter mit Sitz außerhalb Deutschlands und sind im Wesentlichen den sehr großen Online-Plattformen (VLOPs) zuzuordnen.

Systemische Risiken

Der angekündigte DSC-Bericht zur Bundestagswahl 2025 wurde mittlerweile auf der Website des DSC veröffentlicht. Der Bericht gibt einen Überblick über die Aktivitäten des DSC bei der Umsetzung des Digital Services Act (DSA) im Zusammenhang mit der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025. Der Bericht dient dazu, die Rolle und die Maßnahmen des DSC transparent darzustellen.

Bezüglich des DSA-Verfahrens der EU-Kommission gegen den Online-Marktplatz Temu bereitet der DSC die von den Marktakteuren erhaltenen Rückmeldungen derzeit auf und leitet diese anschließend an die EU-Kommission weiter.

Die EU-Kommission hat am 27.05.2025 DSA-Verfahren gegen insgesamt vier Pornoplattformen (Pornhub, XVideos, XNXX, Stripchat) eröffnet. Der DSC prüft derzeit, welche Marktakteure über Informationen zu möglichen DSA-Verstößen verfügen könnten und wird anschließend auf diese zugehen. In den Verfahren werden Verstöße gegen Art. 34/35 DSA und Art. 28 DSA gerügt, weswegen es durch den DSC auch eine enge Abstimmung mit den zuständigen Behörden für den Online-Jugendschutz (Landesmedienanstalten und Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz) gibt.

Nationale Koordinierung

Zum Erstellen einer Übersicht über Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen für Entfernung- und Auskunftsanordnungen in Deutschland gemäß Art. 9 und 10 DSA erwartet und empfängt der DSC weiterhin Rückmeldungen von betroffenen Behörden.

Der DSC startet am 10. und 11. Juli mit der Gesprächsreihe "@DSC". Hier sollen verschiedene Akteursgruppen in regelmäßigen 90 minütigen Videokonferenzen zusammenkommen und sich unter der Moderation des DSC zu einzelnen aktuellen Themen austauschen. Hierzu wurden Akteure von Behörden, Verbänden, Organisationen, Institutionen und Plattformen eingeladen. Begonnen wird mit zwei Gesprächsreihen zu den Bereichen Social Media und Online-Marktplätze. Die nun initiierten Gesprächsreihen gehen auf den an den DSC herangetragenen Wunsch zurück, regelmäßig im Austausch zu bleiben. Durch das Zusammenführen der verschiedenen Akteursgruppen sollen Gespräche mit und nicht nur über die Betroffenen erzielt werden. Der DSC-Beirat wurde zu den Formaten eingeladen. Die zweiten Termine sind für den Herbst vorgesehen.

Zertifizierung außergerichtlicher Streitbeilegungsstellen

Insgesamt sind beim DSC bislang fünf Anträge auf Zertifizierung als außergerichtliche Streitbeilegungsstelle eingereicht worden. Die bislang einzig zertifizierte Streitbeilegungsstelle möchte den Tätigkeitsbereich ausdehnen und hat entsprechende Nachweise beim DSC eingereicht. Der DSC prüft zeitnah die Unterlagen und wird, sofern die Anforderungen des Art. 21 Abs. 3 DSA weiterhin erfüllt werden, eine Ergänzungsbescheid erlassen.

Zulassung von Trusted Flaggern

Folgende Organisationen wurden am 02.06.2025 als vertrauenswürdige Hinweisgeber gemäß Art. 22 Abs. 2 DSA zertifiziert:

Bundesverband Online Handel e.V. (BVOH) mit Schwerpunkt gewerblicher Rechtsschutz und unlauterer Wettbewerb insbesondere auf Online-Marktplätzen;

HateAid gGmbH mit Schwerpunkt digitale Gewalt, Betrug und Täuschung insbesondere auf Social-Media-Plattformen

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv) mit Fokus auf Online-Marktplätzen und Social-Media-Plattformen zu den Themen Verbraucherrechte, Produktsicherheit, Online-Handel, Betrug.

Sie haben die besondere Sachkenntnisse und Kompetenzen in der Erkennung, Identifizierung und Meldung rechtswidriger Inhalte nachgewiesen. Zudem sind sie unabhängig von Online-Plattformen und gewährleisten eine sorgfältige, genaue und objektive Übermittlung von Meldungen an die Online-Plattformen.

Insgesamt sind bislang 27 Eingänge auf Zulassung als Trusted Flagger zu verzeichnen, von denen noch fünf Anträge offen sind und derzeit geprüft werden. 18 Anträge wurden durch den DSC abgelehnt, von den Antragstellenden zurückgezogen oder konnten aufgrund fehlender Kontaktdaten nicht weiter bearbeitet werden.

Im Zusammenhang mit der Zertifizierung von HateAid ging eine leicht vermehrte Anzahl von Presseanfragen und IFG-Anträgen ein. Die Anfragen wurden alle zeitnah beantwortet. Bei den verbliebenen IFG-Anträgen wurden Drittbeteiligungsverfahren begonnen.

Nationale Aufsicht

Insbesondere anhand eingehender User-Beschwerden über das Beschwerdeportal werden mögliche Verstöße gegen Bestimmungen des DSA identifiziert. Diensteanbieter werden zwecks Sachverhaltsaufklärung kontaktiert. Nach Auswertung der Rückmeldung wird über die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen entschieden. Gegenwärtig sind Auskunftersuchen an 15 Plattformbetreiber wegen möglicher DSA-Verstöße versandt worden, darunter an zehn Plattformbetreiber mit Sitz außerhalb der EU, die in der EU keinen gesetzlichen Vertreter benannt haben. Vier Verfahren konnten abgeschlossen werden, da die Anbieter die Verstöße gegen den DSA beseitigt haben.

Darüber hinaus werden im Rahmen eine Onboarding-Kampagne seit März 2025 sukzessive Online-Plattformen in der Zuständigkeit des DSC angeschrieben, die sich noch nicht entsprechend Art. 24 Abs. 5 DSA für die Statements of Reasons-Datenbank der Kommission registriert haben.

Europäische Koordinierung

Sitzungen des European Board for Digital Services (EBDS) fanden am 26.05.2025 und 27.06.2025 statt. Der DSC bringt sich weiterhin in die Arbeitsgruppen des Boards ein. Die anstehenden und durchgeführten EBDS-Treffen sowie der dazugehörigen Arbeitsgruppen wurden mit den weiteren zuständigen Behörden sowie dem Bundeskriminalamt abgestimmt.

Ferner hat die EU-Kommission eine Konsultation zu Leitlinien bezüglich des Art. 28 (Online-Schutz Minderjähriger) durchgeführt. Die weiteren zuständigen Behörden haben hierzu eigene Stellungnahmen abgegeben.

Datenzugang für die Forschung

Die Arbeiten am delegierten Rechtsakt zum Datenzugang sind abgeschlossen. Der DSC hat sich über die Arbeit in den EU-Arbeitsgruppen aktiv in die Kommentierung eingebracht. Die bislang als Memorandum of Understanding bezeichneten Common Operational Principles, welche die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen DSCs regeln sollen, wurden finalisiert und sollten im Board-Meeting am 27.06.2025 verabschiedet werden.

Forschungsvorhaben und Studien

Eine Ausschreibung für ein Forschungsvorhaben zu Akteuren nach der neuen TTPW-Verordnung wurden vom DSC veröffentlicht. Die Frist zur Angebotsabgabe ist der 01.07.2025.

Aktuell bereitet der DSC die weiteren Ausschreibungen vom Forschungsstudien zu

- "Unternehmensbefragung zur DSA-Compliance von KMU in Deutschland: Erste Eindrücke zur Regeleinhaltung in der Praxis"
- "Inhaltsmoderation und inhaltlicher Beschränkungen bei Vermittlungsdiensten" vor.